Stand 20.3.2009

Verordnung

vom ...

über Koexistenzmassnahmen beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sowie beim Umgang mit daraus gewonnenem Erntegut (Koexistenzverordnung; KoexV)

Aufgrund von Art. 68 des Gesetzes vom ... 2009 über den Umgang mit Organismen (Organismengesetz), LGBI. 2009 Nr. ..., verordnet die Regierung:

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Zweck

Diese Verordnung dient dem Schutz der Produktion ohne gentechnisch veränderte Organismen.

Art. 2

Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt für den Anbau von Vermehrungsmaterial gentechnisch veränderter Pflanzen und den Umgang mit daraus gewonnenem Erntegut in der Land- oder Forstwirtschaft, im produzierenden Gartenbau und in Hausgärten.

Art. 3

Begriffsbestimmungen und Bezeichnungen

1) Im Sinne dieser Verordnung bedeuten:

- a) „Gentechnisch veränderte Pflanzen“: Pflanzen, deren genetisches Material so verändert worden ist, wie dies unter natürlichen Bedingungen durch Kreuzung oder natürliche Rekombination nicht vorkommt;
- b) „Vermehrungsmaterial“: Saatgut, Pflanzgut, Edelreiser, Unterlagen und alle anderen Pflanzenteile, einschliesslich des in vitro hergestellten Materials, die zur Vermehrung, Saat, Pflanzung oder Wiederpflanzung vorgesehen sind;
- c) „Anbau“: Jedes bewusste und gewollte Ausbringen von Saat- oder Pflanzgut, insbesondere durch Aussäen, Aussetzen, Anpflanzen oder Veredeln.
- d) „Erntegut“: Ernteprodukte und Erntenebenprodukte, welche infolge des Anbaus von pflanzlichem Vermehrungsmaterial bei der Ernte anfallen;
- e) „Umgang“: Jede Tätigkeit, insbesondere das Anbauen, Verwenden, Verarbeiten, Vermehren, Verändern, Inverkehrbringen, Lagern, Transportieren und Entsorgen;

- f) „Benachbarte Fläche“: eine landwirtschaftlich, gartenbauwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzte Fläche, die – ganz oder zum Teil – innerhalb des im Anhang für die jeweilige Pflanzenart festgelegten Abstands vom Rand der Anbaufläche mit gentechnisch veränderten Pflanzen liegt;
- g) „Nachbar“: Bewirtschafter einer benachbarten Fläche;
- h) „Isolationsabstand“: Mindestabstand zwischen dem Rand einer Anbaufläche mit gentechnisch veränderten Pflanzen und dem Rand einer benachbarten Fläche, auf der dieselbe, nicht gentechnisch veränderte Pflanzensorte angebaut wird.

2) Die in dieser Verordnung verwendeten Personenbezeichnungen gelten für Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.

II. Anforderungen an den Anbau

Art. 4

Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen

- 1) Vermehrungsmaterial von gentechnisch veränderten Pflanzen darf nur angebaut werden, wenn:
- a) es nach den aufgrund des Zollvertrages oder des EWR-Abkommens anwendbaren Rechtsvorschriften für das Inverkehrbringen zugelassen ist; und
 - b) die aufgrund des Zollvertrages oder des EWR-Abkommens anwendbaren Rechtsvorschriften über die Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit eingehalten werden.

2) Bei allen Bewirtschaftungsmassnahmen einschliesslich der Ernte sind Einträge von gentechnisch veränderten Organismen in fremde Grundstücke durch Wahl einer geeigneten Technik auf das Mindestmass zu beschränken. Insbesondere sind die pflanzenartspezifischen Anforderungen nach Art. 7 zu erfüllen.

Art. 5

Meldepflicht

1) Wer gentechnisch veränderte Pflanzen anbaut, muss dies spätestens drei Monate vor dem Anbau beim Amt für Umweltschutz melden.

2) Die Meldung hat zu enthalten:

- a) Name und Anschrift des Anbauers;
- b) die genaue Lage der Anbaufläche;
- c) die Grösse der Anbaufläche;
- d) die zum Anbau bestimmte Pflanzenart;
- e) den spezifischen Erkennungsmarker der gentechnischen Veränderung gemäß der Verordnung (EG) Nr. 65/2004 der Kommission vom 14. Januar 2004 über ein System für die Entwicklung und Zuweisung spezifischer Erkennungsmarker für gentechnisch veränderte Organismen;
- f) die beabsichtigte Aufbereitung und Verwendung des Erntegutes.

3) Änderungen der gemeldeten Angaben nach Abs. 2 sind dem Amt für Umweltschutz unverzüglich mitzuteilen.

Art. 6

Informationspflicht

1) Wer gentechnisch veränderte Pflanzen anbaut, hat den Nachbarn spätestens drei Monate vor dem Anbau folgende Informationen mitzuteilen:

- a) die Angaben gemäss Art. 5 Abs. 2;
- b) die Isolationsabstände gemäss Anhang.

2) Änderungen der Angaben nach Abs. 1 sind den Nachbarn unverzüglich mitzuteilen.

3) Der Nachbar ist aufzufordern, innerhalb eines Monats nach Befolgung der Informationspflicht mitzuteilen, ob benachbarte Flächen mit nicht gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden, welchen Arten diese Pflanzen angehören und welche Bewirtschaftungsform geplant ist.

4) Liegt nach Ablauf eines Monats keine Antwort des Nachbarn vor, kann davon ausgegangen werden, dass der Nachbar keine Pflanzen derselben Art oder andere Auskreuzungspartner auf benachbarten Flächen anbaut.

Art. 7

Pflanzenartsspezifische Anforderungen

1) Wer gentechnisch veränderte Pflanzen anbaut oder mit dementsprechendem Erntegut umgeht, muss die pflanzenartsspezifischen Anforderungen des Anhanges einhalten.

2) Das Amt für Umweltschutz veröffentlicht die pflanzenartsspezifischen Anforderungen des Anhanges im Internet.

Art. 8

Durchwuchs

1) Wer gentechnisch veränderte Pflanzen anbaut hat nach Abschluss des Anbaus die Anbaufläche nach Massgabe des im Anhang für die jeweilige Pflanzenart aufgeführten Anforderungen auf Durchwuchs zu überwachen und diesen zu beseitigen, soweit die Anbaufläche in der folgenden Vegetationsperiode nicht erneut mit gentechnisch veränderten Pflanzen derselben Art bestellt wird. In die Überwachung auf Durchwuchs sind auch landwirtschaftliche Nutzflächen einzubeziehen:

- a) die bei der Ernte überfahren worden sind; oder
- b) auf denen vermehrungsfähiges Material verschüttet worden ist.

2) Bei einem Wechsel des Bewirtschafters geht die Pflicht nach Abs. 1 auf den neuen Bewirtschafter über, soweit dieser Kenntnis von dem vorhergegangenen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen hat oder haben muss.

Art. 9

Ausbringen von Düngemitteln und Stoffen

Wer Düngemittel oder andere Stoffe ausbringt, die offenkundig nicht nur geringfügig vermehrungsfähiges Material von gentechnisch veränderten Pflanzen enthalten, muss die entsprechenden Flächen gemäss den pflanzenartsspezifischen Anforderungen nach Art. 7 behandeln.

III. Warenflusstrennung

Art. 10

Massnahmen zur Trennung des Warenflusses

1) Wer mit Vermehrungsmaterial oder Erntegut von gentechnisch veränderten Pflanzen umgeht, hat Massnahmen zur Trennung des Warenflusses und zur Vermeidung von Vermischungen mit nicht gentechnisch verändertem Material zu treffen.

2) Einrichtungen, Maschinen und Geräte, die zur Aussaat, zur Ernte, zur Aufbereitung oder zur Beförderung von gentechnisch verändertem Saat-, Pflanz- oder Erntegut eingesetzt werden, sind sorgfältig zu reinigen, bevor sie für nicht gentechnisch verändertes Saat-, Pflanz- oder Erntegut eingesetzt werden.

3) Die Anweisungen des Inverkehrbringers sind einzuhalten.

Art. 11

Lagerung

Zum Schutz gegen Einträge in fremde Grundstücke, insbesondere durch Witterungseinflüsse oder Verschleppung durch Tiere, ist:

- a) gentechnisch verändertes Saat- oder Pflanzgut in geschlossenen Behältnissen oder sorgfältig abgedeckt und getrennt von nicht gentechnisch verändertem Saat- oder Pflanzgut derselben Art,
- b) Erntegut gentechnisch veränderter Pflanzen, soweit es vermehrungsfähige Bestandteile enthält, in geschlossenen Lagerräumen oder sorgfältig abgedeckt

zu lagern. Die Behältnisse und das gelagerte Erntegut sind zu kennzeichnen.

Art. 12
Beförderung

1) Zum Schutz gegen Einträge in fremde Grundstücke, insbesondere durch Verwehen, ist:

- a) gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzgut in geschlossenen Behältnissen,
- b) Erntegut gentechnisch veränderter Pflanzen, soweit es vermehrungsfähige Bestandteile enthält, in geschlossenen Fahrzeugen oder bei der Beförderung auf Fahrzeugen mit offener Ladefläche sorgfältig abgedeckt zu befördern.

2) Ist gentechnisch verändertes Saat-, Pflanz- oder Erntegut bei der Beladung oder bei der Beförderung verschüttet worden, ist es dem gleichen Saat-, Pflanz- oder Erntegut wieder zuzuführen, gesondert zu verwerten oder zu vernichten.

Art. 13
Dokumentation

1) Wer mit Vermehrungsmaterial und Erntegut von gentechnisch veränderten Pflanzen umgeht, muss die Anweisungen des Inverkehrbringers sowie die Massnahmen zur Trennung des Warenflusses (Art. 10) schriftlich dokumentieren.

2) Wer gentechnisch verändertes Saat- oder Pflanzgut anbaut muss Aufzeichnungen führen über:

- a) die Sorte des gentechnisch veränderten Saat- oder Pflanzgutes;
- b) die genaue Lage der Anbauflächen;

- c) das Ausbringen von Düngemitteln oder Stoffen nach Art. 9;
- d) die Umsetzung der pflanzenartspezifischen Maßnahmen nach Art. 7.

3) Die Aufzeichnungen nach Abs. 1 und 2 sind während 5 Jahren aufzubewahren und den Vollzugsbehörden auf Verlangen vorzulegen und abzugeben.

4) Bei einem Wechsel des Bewirtschafters muss der frühere Bewirtschafter dem neuen Bewirtschafter eine Abschrift aller Aufzeichnungen nach Abs. 1 und 2 aushändigen.

Art. 14

Kennzeichnung beim Inverkehrbringen

1) Erntegüter aus dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen sind beim Inverkehrbringen auf dem Lieferschein oder auf einer Etikette mit dem Hinweis „gentechnisch verändert“ oder „genetisch verändert“ zu kennzeichnen.

2) Von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen ist Erntegut, das unbeabsichtigt zugelassene gentechnisch veränderte Organismen enthält oder unbeabsichtigt aus solchen Organismen hergestellt wurde, wenn:

- a) deren Anteil höchstens 0,1 Massenprozent beträgt; und
- b) belegt werden kann, dass alle geeigneten Massnahmen ergriffen wurden, um das Vorhandensein unerwünschter Verunreinigungen zu vermeiden.

Art. 15

Informations- und Dokumentationspflicht

1) Wer Erntegut von gentechnisch veränderten Pflanzen in Verkehr bringt, hat auf dem Lieferschein mindestens folgende Angaben schriftlich festzuhalten:

- a) dass das Produkt aus gentechnisch veränderten Organismen besteht, solche enthält oder aus solchen hergestellt wurde;
- b) die Bezeichnung der gentechnisch veränderten Organismen, die im Erntegut enthalten sind; und
- c) Name und Adresse des Lieferanten und Abnehmers des Erntegutes.

2) Die Angabe nach Abs. 1 Bst. b hat mit den Erkennungsmarkern nach dem Anhang der Verordnung (EG) Nr. 65/2004 der Kommission vom 14. Januar 2004 über ein System für die Entwicklung und Zuweisung spezifischer Erkennungsmarker für genetisch veränderte Organismen oder, wenn ein solcher fehlt, der Identität der Organismen unter Angabe der wesentlichen Eigenschaften und Merkmale zu erfolgen.

3) Die Angaben nach Abs. 1 sind bei jedem weiteren Inverkehrbringen dem Abnehmer schriftlich weiterzugeben.

4) Wer Erntegut von gentechnisch veränderten Pflanzen in Verkehr bringt, muss Buch führen über:

- a) Name und Adresse des Abgebers des Vermehrungsmaterials;
- b) Name und Adresse jedes Abnehmers von jedem Erntegutposten; und
- c) Art und Menge des Erntegutpostens.

5) Die Dokumente mit den in Abs. 1 und 3 genannten Angaben sind während 5 Jahren aufzubewahren und den Vollzugsbehörden auf Verlangen vorzulegen und abzugeben.

6) Die Abs. 1 bis 4 gelten nicht beim Vorhandensein von Material nach Art. 14 Abs. 2.

IV. Schlussbestimmung

Art. 16

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tag der Kundmachung in Kraft.

Anhang
(Art. 3 Abs. 1 Bst. f, Art. 6 Abs. 1 Bst. b, Art. 7 und 8)

**Pflanzenartsspezifische Anforderungen für den Anbau gentechnisch
veränderter Pflanzen**

I. Gentechnisch veränderter Mais (*Zea mays*)

1. Benachbarte Flächen

Beim Anbau von gentechnisch verändertem Mais sind diejenigen Flächen benachbart nach Art. 3 Abs. 1 Bst. f, die ganz oder zum Teil innerhalb eines Abstandes von 400 Metern vom Rand der Anbaufläche mit gentechnisch verändertem Mais liegen.

2. Isolationsabstände gegenüber

konventionell bewirtschafteten Flächen: 200 Meter;

biologisch oder nach Integrierter Produktion bewirtschafteten Flächen: 400 Meter.

3. Überwachung und Beseitigung von Durchwuchs

Die Überprüfung auf Durchwuchs nach Art. 8 hat nach der Ernte sowie in dem auf den Anbau des gentechnisch veränderten Maises folgenden Jahr zu erfolgen. Sofern Durchwuchsmais festgestellt wird, verlängert sich der Zeitraum der Überprüfung um jeweils ein Jahr.

Festgestellter Durchwuchs ist unverzüglich zu beseitigen und zu vernichten.

4. Anbaupause

Eine Anbaufläche darf frühestens im zweiten auf die Ernte des gentechnisch veränderten Maises folgenden Jahr mit nicht gentechnisch verändertem Mais bestellt werden. Wenn Durchwuchsmais festgestellt wurde, darf die Anbaufläche frühestens im zweiten auf die Feststellung des Durchwuchsmaises folgenden Jahr mit nicht gentechnisch verändertem Mais bestellt werden.

II. Gentechnisch veränderte Kartoffel (*Solanum tuberosum*)

1. Benachbarte Flächen

Beim Anbau von gentechnisch veränderten Kartoffeln sind diejenigen Flächen benachbart nach Art. 3 Abs. 1 Bst. f, die ganz oder zum Teil innerhalb eines Abstandes von 20 Metern vom Rand der Anbaufläche mit gentechnisch veränderten Kartoffeln liegen.

2. Isolationsabstände gegenüber

konventionell bewirtschafteten Flächen: 20 Meter;

biologisch oder nach Integrierter Produktion bewirtschafteten Flächen: 40 Meter.

3. Überwachung und Beseitigung von Durchwuchs

Die Überprüfung auf Durchwuchs nach Art. 8 hat nach der Ernte sowie in den drei auf den Anbau der gentechnisch veränderten Kartoffeln folgenden Jahren zu erfolgen. Sofern Durchwuchskartoffeln festgestellt werden, verlängert sich der Zeitraum der Überprüfung um jeweils ein Jahr.

Festgestellter Durchwuchs ist unverzüglich zu beseitigen und zu vernichten.

4. Anbaupause

Nach dem Anbau von gentechnisch veränderten Kartoffeln dürfen auf der gleichen Anbaufläche während 3 Jahren keine nicht gentechnisch veränderte Kartoffeln angebaut werden. Für den Anbau von Saatkartoffeln gilt eine Anbaupause von 8 Jahren.

Wenn Durchwuchskartoffeln festgestellt werden, verlängern sich diese Fristen jeweils um ein Jahr.

III. Gentechnisch veränderter Raps (*Brassica napus*)

1. Benachbarte Flächen

Beim Anbau von gentechnisch verändertem Raps sind diejenigen Flächen benachbart nach Art. 3 Abs. 1 Bst. f, die ganz oder zum Teil innerhalb eines Abstandes von 1000 Metern vom Rand der Anbaufläche mit gentechnisch verändertem Raps liegen.

2. Isolationsabstände gegenüber

konventionell bewirtschafteten Flächen: 800 Meter;

biologisch oder nach Integrierter Produktion bewirtschafteten Flächen: 1500 Meter.

3. Überwachung und Beseitigung von Durchwuchs

Die Überprüfung auf Durchwuchs nach Art. 8 hat nach der Ernte sowie in den drei auf den Anbau des gentechnisch veränderten Rapses folgenden Jahren zu erfolgen. Sofern Durchwuchsraps festgestellt wird, verlängert sich der Zeitraum der Überprüfung um jeweils ein Jahr.

Festgestellter Durchwuchs ist unverzüglich zu beseitigen und zu vernichten.

4. Anbaupause

Nach dem Anbau von gentechnisch verändertem Raps darf auf der gleichen Anbaufläche während fünf Jahren kein nicht gentechnisch veränderter Raps angebaut werden.

Wenn Durchwuchsraps festgestellt wird, verlängert sich diese Frist jeweils um ein Jahr.

IV. Gentechnisch veränderte Zuckerrüben und Futterrüben (*Beta vulgaris*)

1. Benachbarte Flächen

Beim Anbau von gentechnisch veränderten Zucker- oder Futterrüben sind diejenigen Flächen benachbart nach Art. 3 Abs. 1 Bst. f, die ganz oder zum Teil innerhalb eines Abstandes von 100 Metern vom Rand der Anbaufläche mit gentechnisch veränderten Zucker- bzw. Futterrüben liegen.

2. Isolationsabstände gegenüber

konventionell bewirtschafteten Flächen: 50 Meter;

biologisch oder nach Integrierter Produktion bewirtschafteten Flächen: 100 Meter.

3. Überwachung und Beseitigung von Durchwuchs und von Schösslingen

Schösslinge sind vor der Blüte zu entfernen.

Die Überprüfung auf Durchwuchs und Unkrautrüben nach Art. 8 hat nach der Ernte sowie in den zwei auf den Anbau der gentechnisch veränderten Zucker- bzw. Futterrüben folgenden Jahren zu erfolgen. Sofern Durchwuchs oder Unkrautrüben festgestellt werden, verlängert sich der Zeitraum der Überprüfung um jeweils ein Jahr.

Festgestellter Durchwuchs ist unverzüglich zu beseitigen und zu vernichten.

4. Anbaupause

Nach dem Anbau von gentechnisch veränderten Zucker- bzw. Futterrüben dürfen auf der gleichen Anbaufläche während vier Jahren keine nicht gentechnisch veränderten Zucker- bzw. Futterrüben angebaut werden.

Wenn Unkrautrüben festgestellt werden, verlängert sich diese Frist jeweils um ein Jahr.

V. Gentechnisch veränderter Weizen (*Triticum aestivum*)

1. Benachbarte Flächen

Beim Anbau von gentechnisch verändertem Weizen sind diejenigen Flächen benachbart nach Art. 3 Abs. 1 Bst. f, die ganz oder zum Teil innerhalb eines Abstandes von 100 Metern vom Rand der Anbaufläche mit gentechnisch verändertem Weizen liegen.

2. Isolationsabstände gegenüber

konventionell bewirtschafteten Flächen: 50 Meter;

biologisch oder nach Integrierter Produktion bewirtschafteten Flächen: 100 Meter.

3. Überwachung und Beseitigung von Durchwuchs

Die Überprüfung auf Durchwuchs nach Art. 8 hat nach der Ernte sowie in den drei auf den Anbau des gentechnisch veränderten Weizens folgenden Jahren zu erfolgen. Sofern Durchwuchsweizen festgestellt wird, verlängert sich der Zeitraum der Überprüfung um jeweils ein Jahr.

Festgestellter Durchwuchs ist unverzüglich zu beseitigen und zu vernichten.

4. Anbaupause

Nach dem Anbau von gentechnisch verändertem Raps darf auf der gleichen Anbaufläche während drei Jahren kein nicht gentechnisch veränderter Weizen angebaut werden.

Wenn Durchwuchsweizen festgestellt wird, verlängert sich diese Frist jeweils um ein Jahr.